

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe September 2013

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

**Deutschland braucht jetzt eine geradlinige und
glaubwürdige Politik**

Die Bundestagswahl hat uns vieles gezeigt. Sie hat uns einerseits gezeigt, dass Wackelkurse, halbherzige Positionen und bloßes Buhlen um Wählerstimmen ohne kompetente, ehrliche und vor allem glaubwürdige politische Konzepte Wahlerfolge verhindern. Sie hat uns aber auch gezeigt, dass nicht jeder triumphale Sieg auch in eine einfache und vor allem stabile Regierungsbildung nach sich zieht. Sie hat vor allem ausgedrückt, dass Extrempositionen, wie etwa eine radikale Antieuro- und Antieuropastimmung letztlich nicht zukunftsfähig sind. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes lassen sich im Internetzeitalter auch nicht mehr über politische Konzeptlosigkeit hinweg täuschen.

Die politischen Parteien, teilweise auch die in Regierungsverantwortung mussten herbe Verluste in der Wählergunst hinnehmen und das obwohl die Wahlbeteiligung insgesamt gestiegen ist. Die Menschen lehnen Bevormundung ab und setzen auf Freiheit und Vertrauen. Das Vertrauen in die Bundeskanzlerin gab letztlich den Ausschlag für den Wahlausgang. Das kommt nicht von ungefähr und ist hart erarbeitet worden. Jetzt gilt es diesen Vertrauensvorschuss zu bestätigen. Keinesfalls darf sich auf dem Wahlergebnis ausgeruht werden. Viele Probleme von der drohenden Altersarmut bis zu fairen Arbeitseinkommen und Arbeitsbedingungen müssen endlich gelöst werden.

Die Menschen sind informiert und interessiert. Sie erwarten zu Recht, dass ihre Sorgen und Probleme ernst genommen werden und das nicht nur vor Wahlen, sondern vor allem danach. Deutschland braucht daher verlässliche und geradlinige Politiker, die vor allem eins sind: glaubwürdig.

Der CGB fordert die Politik und jeden einzelnen Politiker auf, die Menschen mit zu nehmen und an der politischen Willensbildung stärker zu beteiligen. Verantwortung zeigt sich vor allem in der Fähigkeit eine Meinung zu bilden und diese auch zu vertreten ohne ständige Richtungswechsel vorzunehmen. Politik ab Jahr 2013 kann nur mit den Menschen nicht aber ohne oder sogar gegen die Menschen funktionieren.

Matthäus Strebl
CGB-Bundesvorsitzender



Matthäus Strebl

Matthäus Strebl
Bundesvorsitzender

Rente mit 67, drohende Altersarmut und die Würde des Menschen im Ruhestand ein Kommentar des CGB Generalsekretärs



Christian Herzog
CGB Generalsekretär

Ausgangspunkt der gesellschaftlichen Diskussion um die Rentenentwicklung in Deutschland ist letztlich die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Diese erscheint aufgrund bestimmter gesellschaftlicher Parameter zumindest nachvollziehbar. Dank immer besserer medizinischer Versorgung und insgesamt gesünderer Lebensweise ist die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland deutlich gestiegen. Das bedeutet selbstverständlich auch einen deutlich längeren Rentenbezug. Hinzu kommt ein Missverhältnis im Generationenvertrag dergestalt, dass das Verhältnis zu Menschen im Arbeitsleben und Menschen im Rentenbezug immer ungünstiger wird, somit immer weniger Beitragszahler Rentenempfänger versorgen müssen.

Diese gesellschaftliche Entwicklung lässt sich nicht weg diskutieren, die Frage muss vielmehr sein, wie unsere Gesellschaft damit umgeht. Die Bundesregierung hatte sich dafür entschieden dieser Problematik mit längerer Lebensarbeitszeit zu begegnen, was zumindest in der Theorie durchaus logisch und sachlich begründet war. In der Praxis aber stellten und stellen sich massive Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Zum einen ist es generell nicht einfach bis zum 67 Lebensjahr im Arbeitsverhältnis zu bleiben. Die Beschäftigtenquote der über 60 – jährigen ist in den vergangenen Jahren zwar gestiegen, aber mit um die 38 % dennoch vergleichsweise niedrig. Der Anstieg ist zudem im Wesentlichen wohl dem aktuell immer drückender werdenden Fachkräftemangel geschuldet, somit langfristig gesehen sicher nicht von Dauer. Zum anderen gibt es Berufsbilder, die hohe körperliche Beanspruchungen mit sich bringen, etwa der viel zitierte Dachdecker, aber auch Kranken- und Altenpflegeberufe und Tätigkeiten im Metallhandwerk. Viele Beschäftigte in diesen Berufen konnten aufgrund körperlicher Belastung noch nicht einmal bis zum 65. Lebensjahr arbeiten, wie sollen Menschen in diesen Berufen nun bis zum 67. Lebensjahr arbeiten?

Eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit ohne die gleichzeitige Möglichkeit auch eine angemessene sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auszuüben, kommt aber einer verdeckten Rentenkürzung gleich. Diese Entwicklung ist aber für einen Menschen, der in

seinem Arbeitsleben mehr als 40 Jahre gearbeitet und Beiträge entrichtet hat mehr als würdelos.

Dass diese Entwicklung in ihrer letzten Konsequenz nicht in die richtige Richtung geht, hat auch die Bundesregierung erkannt und mit Modellen wie Kombirente und Zuschussrente Systeme angedacht, die finanzielle Entlastungen bringen sollen. Durchaus positiv ist die Überlegung der Kombirente mit den Elementen Teilverrentung und gleichzeitiger sozialversicherungspflichtiger (Teilzeit-)Beschäftigung, die in ihrer geplanten Ausgestaltung, insbesondere bei der deutlichen Erhöhung der Hinzuerdienstgrenzen die Überlegungen der Altersteilzeit integriert. Wenn aufgrund der Struktur eine längere Lebensarbeitszeit unumgänglich ist, Beschäftigung in Vollzeit jedoch nicht immer sichergestellt werden kann oder aufgrund körperlicher Belastung nicht möglich ist, ist ein kombiniertes Modell die sachgerechteste Lösung, die allen Belangen am ehesten Rechnung trägt. Dieser Ansatz ist bereits bei den Altersteilzeitmodellen positiv gewesen.

Die Zuschussrente hingegen erweist sich sowohl in der Ausgestaltung als auch insbesondere in der Höhe als unzureichend. Der Grundgedanke, die Rente für Menschen die trotz mehr als 40 jährigem Arbeitsleben aufgrund geringer Rentenanwartschaften eine Rente erhalten, die deutlich unter 800,- Euro liegt, aufzustocken, ist selbstverständlich gut und richtig. Insofern ist auch die von der Bundesregierung angedachte Aufstockung vernünftig. Dass die Aufstockung aus Steuermitteln finanziert werden soll, mag systemisch im Hinblick auf die Finanzierung der Rente an sich nicht korrekt sein, ist aber aus unserer Sicht vernachlässigbar. Nicht haltbar ist aber, dass die Aufstockung auf lediglich 850,- Euro erfolgen soll. Ist dies im Hinblick auf die Entwicklung der Lebenshaltungskosten ausreichend? Ist dies unter Berücksichtigung eines ganzen Arbeitslebens ausreichend? Aus unserer Sicht klar nein.

Es sind inzwischen eben nicht mehr nur Menschen mit Beschäftigungen in den sogenannten klassischen Niedriglohnsektoren, wie etwa Floristen oder Friseure von geringen Renten betroffen. Auch Tätigkeiten in Berufen, die während des Arbeitslebens ein adäquates Einkommen ermöglichen, wie etwa die klassischen Verkäufer/innen oder Sekretariatskräfte erwerben inzwischen so geringe Anwartschaften, dass im Rentenbezug staatliche Unterstützung in Anspruch genommen werden muss und je nach persönlicher Lebensentwicklung Armut droht. Auch die private Vorsorge kann hier kaum helfen, da Menschen, die mit ihrem Einkommen gerade so auskommen unserer Erfahrung nach gerade kein Geld übrig haben, um die private Altersvorsorge in finanzieller Hinsicht so zu gestalten, wie es die Bundesregierung angedacht hatte. Diese Situation trifft aktuell vorwiegend die Menschen in den neuen Bundesländern.

Wenn die Bundesregierung also völlig zurecht die Notwendigkeit erkennt, dass niedrige Renten auch mit der Begründung, dass ein mehr als 40 jähriges Ar-

beitsleben angemessen honoriert werden muss, aus Steuermitteln ausgestockt werden, dann darf es sich nicht nur um ein kaum spürbares Almosen handeln. Wenn einem Menschen in Deutschland eine Rente gewährt werden soll, die seine Arbeitsleistung und damit vor allem seine Leistung für die Gesellschaft über mehr als 40 Jahre angemessen berücksichtigt, darf diese Rente einen Mindestbetrag von 1000,- Euro nicht unterschreiten. Ein Gesellschaft wird nicht nur daran gemessen, wie sie ihre Kinder behandelt, sondern auch daran, wie sie mit denjenigen umgeht, die durch ihre Lebensarbeitszeit die Gesellschaft gestaltet, geprägt und über ihre Steuern und Beiträge auch finanziert haben. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, im Ruhestand etwas davon zurückzugeben und damit auch der Würde des Menschen im Alter durch einen angemessenen Mindeststandard Rechnung zu tragen.

Kommentar Christian Hertzog im August 2013

Aus den Gewerkschaften

Kraftfahrergewerkschaft (KfG) gegen eine Erhöhung der LKW-Maut - Vernichtung von Arbeitsplätzen im Transportgewerbe befürchtet!



Die Forderung einer deutlichen Erhöhung der LKW-Maut in Deutschland durch den Verkehrssprecher der Grünen im Deutschen Bundestag, Anton Hofreiter, wird von der Kraftfahrergewerkschaft (KfG) kategorisch abgelehnt. „Wenn die LKW-Maut erhöht wird, dann werden Tausende von Arbeitsplätzen im Transportgewerbe und bei den Spediteuren vernichtet“ so der stellvertretende Bundesvorsitzende Franz Xaver Winklhofer. Eine Erhöhung der LKW-Maut wird sich auch negativ auf die Versorgung der Bevölkerung auswirken erklärte Winklhofer.

Weil immer mehr Billig-Konkurrenten aus dem Ausland auf den deutschen Markt drängen, kämpfen schon jetzt viele Transportunternehmer um ihre Existenz. Der Abbau von Arbeitsplätzen ist die logische Folge, die schnelle und pünktliche Belieferung der Verbraucher kommt dadurch in Gefahr, befürchten die Vertreter der Berufskraftfahrer.

Die Kraftfahrergewerkschaft (KfG) kämpft seit Jahren für eine bessere Bezahlung und deutliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Transportgewerbe. Franz Xaver Winklhofer, „durch eine Erhöhung der LKW-Maut würden diese Bemühungen ohne Erfolg bleiben und schlagartig Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet.“ Die Kraftfahrergewerkschaft (KfG) appelliert daher an die sozialen Verantwortung der zuständigen Politiker. Die KfG stellt sich in der Frage der LKW-Maut eindeutig an die Seite der Arbeitgeber, erklärte der stellv. Bundesvorsitzende Franz Xaver Winklhofer.

PM KfG im September 2013

„Persönlich. Menschlich. Nah.“ CGM stellt sich neu auf!

CGM
CHRISTLICHE
GEWERKSCHAFT
METALL

Der geschäftsführende Hauptvorstand der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) hat bei seiner Sitzung in Edenkoben (Rheinland-Pfalz) ein neues Zeitalter für die CGM eingeläutet: „Nahe an den Menschen im Betrieb waren wir zwar schon immer, aber es wurde Zeit, dies auch in einer neuen, modernen Werbelinie zum Ausdruck zu bringen“, erklärt der CGM-Bundesvorsitzende Adalbert Ewen.



v.l.n.r. Dieter Wüstel, Tenneco-Geschäftsführer Peter Lukowski, Adalbert Ewen, Bernhard Cuidon

Mit dem neuen Slogan „Persönlich. Menschlich. Nah.“ und einem modernisierten Erscheinungsbild, auch des CGM-Logos, mache die CGM deutlich, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt hat. „Die Vielfalt der Menschen und ihre unterschiedliche Lebensweise muss sich auch im Arbeitsleben widerspiegeln. Das erfordert flexible Tarifverträge und maßgeschneiderte Lösungen für die Betriebe“, so Ewen. „Klassenkämpfe passen einfach nicht in unsere Zeit“. Es müsse ein gesunder Mittelweg gefunden werden, damit einerseits die Betriebe wettbewerbsfähig bleiben, andererseits aber auch die Arbeitnehmer gesund bis zur Rente kommen. Mit „gesund“ sei dabei nicht nur die körperliche Leistungsfähigkeit gemeint, sondern vor allem das psychische Wohlbefinden. Deshalb sei eine gerechte Entlohnung und ein gutes Betriebsklima das A und O.

Wie solch ein gutes Miteinander in der Belegschaft gelebt werden kann, konnten die Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes bei einer Besichtigung der Firma Tenneco, Hersteller von Fahrwerk- und Abgassystemen, feststellen. Bei Tenneco in Edenkoben stellt die CGM die Mehrheit im Betriebsrat und mit Hauptvorstandsmitglied Bernhard Cuidon zudem den Betriebsratsvorsitzenden. „Die CGM macht bei Tenneco einen hervorragenden Job“, berichtet der CGM-Landesvorsitzende Dieter Wüstel im Gespräch. „Ich bin stolz auf Bernhard Cuidon und seine Mannschaft, die durch ihren täglichen Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen bei Tenneco zeigen, dass die CGM gute Arbeit leistet, wenn man sie lässt“.

PM CGM im August 2013

Auf die Lehrer kommt es an – Gute Pädagogik verlangt Anerkennung! Nullrunden bei Beamtenbesoldung sind Motivationskiller!

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen
(VkdL)
Berufsverband mit klarer Linie


Der neuseeländische Bildungsforscher John Hattie hat mit seinen Studienergebnissen den Finger in die Wunde gelegt: Nicht Schulstrukturen und Rahmenbedingungen, ständig neue Reformen und zusätzliche Verwaltungsaufgaben sorgen für Lernerfolge. Es kommt auf den Lehrer an, auf seinen Unterricht, der von der ersten bis zur letzten Minute gut geplant sein muss. Die Lehrkraft trägt den Hauptanteil der Verantwortung für die schulische Entwicklung einer Klasse. Lehrerinnen und Lehrer sind weit mehr als „Lernbegleiter“: Sie müssen begeistern können und dabei stets den einzelnen Schüler und die einzelne Schülerin im Blick haben. Aber ohne Respekt, ohne Wertschätzung, ohne Vertrauen kann Unterricht nicht gelingen. Lehrer investieren täglich ihre Persönlichkeit in den Beruf. Werden sie dafür angemessen entlohnt? Lässt man ihnen genug Zeit und Raum, um guten Unterricht sicherzustellen? Wie oft werden Lehrkräfte instrumentalisiert und zu Schachfiguren der jeweiligen Landespolitik degradiert?

Vor diesem Hintergrund lehnt der VkdL die geplante Nullrunde für verbeamtete Lehrkräfte ab. Für die profilierte Arbeit, die Lehrerinnen und Lehrer täglich leisten, verdienen sie Anerkennung und Respekt – eine Nullrunde wirkt als absoluter Motivationskiller und sendet die Botschaft: „Ihr seid nicht wichtig.“ Aber mit Hattie wissen wir: Sparen sollte man an anderen Stellen, auf keinen Fall bei den Hauptakteuren!

PM VkdL im Juni 2013

Bundesgewerkschaftstag der CGPT unter dem Motto: Gewerkschaftsfreiheit unser Auftrag



Heute ging der 15. ordentliche Gewerkschaftstag der Christlichen Gewerkschaft Postservice und Telekommunikation (CGPT) zu Ende. Der Gewerkschaftstag stand unter dem Motto "Gewerkschaftsfreiheit unser Auftrag". In vielen Statements aber auch in einer Entschließung spricht sich die CGPT gegen eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit aus, die nur dazu dient, die Monopolstellung des DGB zu stärken und den unabhängigen und christlichen Konkurrenzgewerkschaften das Leben zu erschweren. Das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer muss weiter gestärkt werden. Alle Aufsichtsräte und die Gesamt- und Konzernbetriebsräte müssen von den Arbeitnehmern direkt und geheim gewählt werden, so die Beschlüsse des CGPT Gewerkschaftstages. Die Delegierten des CGPT Gewerkschaftstages beschlossen eine Vielzahl von Anträgen, die sich für mehr Rentengerechtigkeit, für mehr Frauen in Unternehmensvorständen, für ein einfaches Steuersystem und für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der Post, KEP; Tele-

kommunikationsbranche sowie bei den Call-Centern einsetzt. In seinem Grußwort sprach sich der Bundesvorsitzende des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) Matthäus Strebl für gerechte Löhne aus, die verhindern, dass die Menschen im Alter in die Altersarmut rutschen. Auf dem Gewerkschaftstag wurde auch der CGPT Bundesvorstand neu gewählt. Ulrich Bösl aus Wadersloh bleibt Bundesvorsitzender. Seine Stellvertreter sind Gerhard Dannenbeger (Herischried) und Johannes Steinert (Zeulenroda). Kassenverwalter ist der Schmallenberger Ulrich Brüggemann und Schriftführerin die Münchenerin Martha Moser. Beisitzer im Bundesvorstand sind Heidt Bettführ (Berlin), Walter Fischher (Wutöschingen), Klaus-Peter Mitetzki (Darmstadt) und Johannes Rehm (Poppenhausen). Der Gewerkschaftstag fand im Hotel Christopherus in Berlin statt.

PM CGPT im September 2013



CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTSBUND DEUTSCHLANDS

CGB Bundesvorsitzender Matthäus Strebl zieht wieder in den Deutschen Bundestag ein

Der Bundesvorsitzende des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB), Matthäus Strebl ist wieder Abgeordneter des Deutschen Bundestags. „Ich freue mich sehr darauf, mich im neuen Bundestag für die Umsetzung Christlicher Werte in der Arbeitsmarktpolitik einzusetzen zu können und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne der Christlichen Soziallehre den Rücken stärken zu können.“, erklärt Matthäus Strebl anlässlich seiner Wahl.

„Wesentliche Themenschwerpunkte meiner Arbeit werden die Bekämpfung von Altersarmut, die Verhinderung des Missbrauchs von Werkverträgen und der Einsatz für ein gerechtes Arbeitsentgelt sein.“, so Strebl weiter. Matthäus Strebl zieht über die Landesliste der CSU in Bayern in den Deutschen Bundestag ein. Der CGB wünscht seinem Bundesvorsitzenden viel Erfolg und eine gute Hand bei seinen umfangreichen Aufgaben im Deutschen Bundestag.

PM VkdL im Juni 2013

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog

Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.